

CDU sorgt für höchstmögliche Senkung der Kreisumlage

Wichtigster Tagesordnungspunkt der Kreistagsitzung am letzten Mittwoch war die Kreisumlage im Rahmen der Nachtragshaushaltsberatungen 2021/22.

Bei der Kreisumlage handelt es sich um den Teil, den Städte und Gemeinden prozentual von ihren Einnahmen an den Kreis abführen müssen. Eine Senkung um 1,5 % hatten die hauptamtlichen Bürgermeister und Verwaltungsleiter in den Ämtern angesichts des zu erwartenden guten Jahresergebnisses des Kreises gefordert. Die CDU war die einzige der sieben Kreistagsfraktionen, die sich dieser Meinung anschloss und eine Senkung der Kreisumlage um 1,5 Punkte forderte. Die AfD bot 1,25 % und die Grünen 1 %. Die SPD signalisierte im Vorfeld, dass mehr als 0,5 % nicht in Frage kämen. Um dieses Ansinnen zu untermauern, stellte sie in den Wochen vor den Haushaltsberatungen eine Vielzahl von ausufernden und zum Teil auch völlig maßlosen Anträgen, die man einfach nicht anders als populistisch bezeichnen kann. So forderte sie, dass alle Schüler im Kreis ohne jegliche Zuzahlung ein HVV-Ticket bekommen sollten, zur Verbesserung des ÖPNV sollte pauschal 1 Mio. Euro zur Verfügung gestellt werden, für den Umbau von Bushaltestellen 500.000 Euro und für den Ausbau der Radverkehrsinfrastruktur sogar zwei Mio.

Die Spitze des Irrsinnigen war allerdings die Forderung nach einem Corona-Hilfsfonds, der mit 1 Mio. Euro gespeist werden sollte, ohne, dass die Sozialdemokraten Angaben machen konnten, wofür sie das Geld zur Verfügung stellen wollten. Dabei hatte der Kreistag vor Monaten bereits 500.000 Euro für Coronahilfen in Form von Taxi-fahrten zu den Impfzentren bereit gestellt.



Vor der Kreistagsitzung hat sich die CDU-Fraktion zu ausführlichen Beratungen getroffen.

Nur 28.000 davon sind bis heute abgerufen worden. Es war zu offensichtlich, dass die SPD Mittel im Haushalt binden wollte, die gar nicht gebraucht würden, wodurch eine Senkung der Kreisumlage aber unmöglich gemacht werden würde.

Die CDU-Fraktion hat ihrer Vorsitzenden Heike Beukelmann und der Finanzausschussvorsitzenden Britta Krey ein Verhandlungsmandat erteilt. Sie haben mit den anderen Fraktionen hart verhandelt und ein herausragendes Ergebnis erzielt:



Heike Beukelmann Britta Krey

Praktisch haben sie sämtliche Ziele durchgesetzt, mit denen sie in die Verhandlungen gegangen sind. Dass die 1,5 % Kreisumlagensenkung nicht durchsetzbar war, hatte sich schon in der vorangegangenen Fraktionssitzung herauskristallisiert. Die Kreisumlage, die einst mit mehr als 40 % die höchste im ganzen Land war, konnte letztendlich erneut um 1,3 % auf 33,95 Punkte gesenkt werden, ohne dass die Ergebnisrücklage von 10 Mio. Euro angegriffen werden musste. Das verschafft allen Städten und Gemeinden im Kreis mehr Spielraum und Luft zum Atmen.

Die CDU meint, dass die Kommunen selber am besten wissen, was sie brauchen und wofür sie ihr Geld ausgeben wollen. So wurde den Anträgen der SPD in Millionenhöhe von einer sehr breiten Mehrheit im Kreistag auch eine Absage erteilt. Das bedeutet auf der anderen Seite, dass etliche Maßnahmen beschlossen werden konnten, um Vereine und Verbände, Sport, Kultur- und Bildungseinrichtungen gerade in diesen schwierigen Zeiten zu unterstützen. Die Hilfe für die Menschen stand für die CDU dabei im Vordergrund und hier vor allem die für Kinder und Jugendliche im Kreis Pinneberg, u.a. mit der Schaffung einer attraktiven und effizienten Tagespflegsatzung.

EDITORIAL



Liebe Leserinnen und Leser,

nach intensiven Beratungen in der Fraktion und Wochen anstrengender Verhandlungen mit allen Fraktionen der demokratischen Mitte, bei denen ich von unserer fachpolitischen Sprecherin, der Finanzausschussvorsitzenden Britta Krey tatkräftig unterstützt wurde, können wir alle endlich wieder durchatmen. Bei nur geringen Zugeständnissen an die Grünen konnten wir fast alle Wunschvorstellungen der CDU durchsetzen. Bei der Kreisumlage erreichten wir den denkbar höchsten Prozentsatz, ohne dass die Ergebnisrücklage den angestrebten Wert von 10 Mio. Euro unterschreitet.

Die Verhandlungen mit den Grünen gestalteten sich durchaus erfreulich, während die SPD sich zur Zeit offensichtlich in der Opferrolle gefällt. Hätten ihre Anträge mehr Substanz gehabt als ausschließlich den Zweck, möglichst viel Geld der Steuerzahler auszugeben, um die Senkung der Kreisumlage zu verhindern, dann hätten unsere Verhandlungen genauso zum Erfolg führen können.

Kein einziges Mitglied unserer Fraktion konnte im Mai Geburtstag feiern. Aus diesem Grund finden Sie auf der Rückseite auch keine Glückwünsche. Beglückwünschen können wir aber Kreispräsident Helmuth Ahrens und Landrätin Elfie Heesch, die sich nicht damit zufrieden geben wollten, dass über die Insel Helgoland mit einem Inzidenzwert 0 die gleichen Lockdown-Beschränkungen verhängt werden sollten wie im restlichen Kreis Pinneberg. Ein Schreiben an Ministerpräsident Daniel Günther, das Sie auf Seite 4 finden, hatte durchschlagende Wirkung. Die Beschränkungen für Helgoland wurden unverzüglich aufgehoben.

Abschließend möchte ich noch einmal ein herzliches Dankeschön an die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des Fachdienstes Gesundheit richten für die erfolgreiche Bekämpfung eines Inzidenzwertes von annähernd 200 auf nunmehr unter 35.

Mit herzlichen Grüßen, Ihre

Heike Beukelmann
Fraktionsvorsitzende

Haushaltsrede der Fraktionsvorsitzenden H. Beukelmann

Obwohl sie nur etwas mehr als 36 Stunden zuvor ihre zweite Corona-Impfung erhalten hatte, hielt die CDU-Fraktionsvorsitzende Heike Beukelmann eine engagierte und vielbeachtete Rede zum Nachtragshaushalt 2021/22.

Sie machte deutlich, dass dieser Doppelhaushalt und mit ihm auch der Nachtrag der erste Haushalt sei, der in Pandemiezeiten auf den Weg gebracht wurde. Einfacher habe sich das dadurch nicht gestaltet. Eine Haushaltsberatung als Videoschalte eigne sich auch nicht für langwierige Debatten. Am 2. Dezember 2020 sei coronabedingt die Grundlage für den Doppelhaushalt 2021/22 gelegt worden. Damals seien allerdings ausschließlich solche Beschlüsse gefasst worden, die zuvor in den Fachausschüssen unstrittig waren. Nun sei man wieder im Rahmen einer Videokonferenz zusammen gekommen, um mehrheitlich gewollte, jedoch im Dezember kontrovers diskutierte Anträge auf den Weg zu bringen und den Basishaushalt noch zu ergänzen. Das zunächst Wichtigste sei dabei die Senkung der Kreisumlage. Hier hätte es anfänglich drei Anträge der Fraktionen in unterschiedlicher Höhe gegeben. Der ursprüngliche Antrag der CDU mit einer weiteren 1,5%igen Absenkung wollte dem einheitlichen Votum der Bürgermeister und hauptamtlichen Verwaltungsleiter entsprechen, wobei es natürlich auch die ehrenamtlichen Bürgermeisterinnen und Bürgermeister waren, die ihre Hoffnungen in die CDU gesetzt hätten. Umso schwerer sei es gefallen, vom Ursprungsantrag abzulassen. Zwar müsste man auch die eigene Haushaltsituation im Blick behalten. Aber wegen der überwiegend negativen Haushaltsbilanzen von Städten und Gemeinden, die sich angesichts steuerlicher Einbußen und zusätzlicher pandemiebedingter Aufgaben vermutlich noch vergrößern würden, sehe sich die CDU auch in der Verantwortung für die kreisangehörigen Kommunen. Je mehr die Kreisumlage gesenkt werden könne, desto eher seien Städte und Gemeinden in der Lage, für eine funktionierende Feuerwehr zu sorgen, ein örtliches Jugendzentrum oder eine Altenbegegnungsstätte zu unterstützen. Da die CDU aber nicht allein einen Haushalt auf den Weg bringen könne, hätte man intensiv mit den anderen Fraktionen verhandelt. Ausgenommen davon seien ausschließlich die AFD, die sich durch ihre Unterstellungen innerhalb einer nichtöffentlichen Zusammenkunft der Fraktionsvorsitzenden für weitere Verhandlungen disqualifiziert hätten, und die Linken, bei deren Anträgen es in der Vergangenheit kaum Gemeinsamkeiten mit den Positionen der CDU gegeben habe. Die CDU sei erleichtert, dass sie sich zusammen mit Bündnis 90/die Grünen, FDP und Bürgerlicher Mitte auf eine Senkung der Kreisumlage um 1,3 Prozentpunkte einigten

konnten, wohlgerneht nur für diese beiden Jahre, da ja niemand wisse, welche weiteren finanziellen, wirtschaftlichen und sozialen Auswirkungen die Pandemie auf den Kreis Pinneberg haben werde. Wichtig sei in diesen unsicheren Zeiten auch, dass der Kreistag in seiner Mehrheit nicht den ausufernden Anträgen der SPD gefolgt sei, die offensichtlich kein anderes Ziel verfolgten, als eine Senkung der Kreisumlage zu verhindern. Jetzt 1 % Senkung zu beantragen und dies damit zu verkaufen, dass sie dies ja schon längerfristig hätten festgesetzt haben wollen, sei in hohem Maße unredlich. Für die CDU gelte, dass die Kommunen selber am besten wüssten, was sie brauchten und wofür sie ihr Geld ausgeben wollten. Am hilfreichsten sei immer noch, wenn diese so wenig wie möglich an den Kreis abführen müssten. 1,3 % bedeuteten einerseits, dass man damit den Anträgen der SPD in Millionenhöhe eine Absage erteilen müsse. Und es bedeute eben auch auf der anderen Seite, dass man einige Maßnahmen beschließen könne, um Vereine und Verbände, Menschen, und hier aber vor allem Kinder und Jugendliche im Kreis Pinneberg gerade in diesen schwierigen Zeiten zu unterstützen. Und zum Glück hätte man ja schon einiges vor dem heutigen Tage in den Fachausschüssen mehrheitlich auf den Weg bringen können. Sie wolle nur einige Anträge nennen, die der CDU wichtig seien ohne den Kreistag mit Zahlen zu belastigen, die letztlich ja auch in den vorliegenden Änderungslisten zu finden seien. Im Bereich Jugend/Soziales sei es vor allem die Kinderbetreuung, die man durch die Übernahme der Kulanregelung des Landes in großem Maße sichern könne. Dies gelte auch für die Tagespflegepersonen mit der Schaffung einer attraktiven und effizienten Tagespflegesatzung, vor allem durch die Erhöhung des monatlichen Pauschalbetrages und 20 zusätzlichen Ausfalltagen pro Kalenderjahr. Zudem würden weitere Stellen im Bereich der „Ambulanten Sozialen Dienste“ der Jugendhilfe zur Senkung des Fallzahlenschlüssels und der Bewältigung der Folgen der Pandemie und gesellschaftlicher Veränderungen geschaffen. Den Antrag der Grünen zum dualen Ausbildungsverbund für Sozialpädagogen wolle die CDU unterstützen, um eine Möglichkeit zu finden, dem akuten Fachpersonalmangel bei den freien Trägern entgegenzuwirken.

Seit über einem Jahr sei der Kreistag mit den Lockdown-Maßnahmen von Bund und Land beschäftigt. Besonders betroffen davon seien neben Schulen und Kitas, Einzelhandel und Gastronomie die Kulturschaffenden und Sportvereine, Musik- und Volkshochschulen. Deshalb würde die CDU gerade sie nicht im Regen stehen lassen. Die Förderung der Kulturarbeit, ebenso wie die Unterstützung kultureller Projekte solle weiter aufgestockt werden. Zudem solle den Kulturschaffenden bei der Einrichtung digitaler Formate finanziell unter die Arme

gegriffen werden. Zusätzliche finanzielle Unterstützung würden auch die Musik- und Volkshochschulen des Kreises erhalten. Die Sportstättenförderung werde deutlich erhöht, und der Kreissportverband solle finanzielle Mittel für die Einhaltung der Hygieneschutzmaßnahmen erhalten. Auch Stellenaufstockungen würden beschlossen, obwohl man sich seit Jahren für den Stellenabbau einsetze. Aber auch hier seien die Einflüsse der Pandemie massiv zu spüren. Dass es eine dritte Corona-Welle gegeben habe, bedeute nicht zwangsläufig, dass es nicht auch noch eine vierte Welle geben könne. Impfgegner und Impfsögerer könnten dem Kreis noch einen komplizierten Herbst bescheren, zumindest aber werde Corona noch eine anhaltende Aufgabe bedeuten. So würden 20 zusätzliche Stellen für das Gesundheitsamt eingerichtet werden. Darüber hinaus werde es weitere, dringend benötigte Stellen im Jugendhilfe und Sozialbereich, IT-Stellen an den kreiseigenen Schulen, aber auch zusätzliche Stellen im Bereich Natur- und Bodenschutz geben. Zuletzt lenkte Heike Beukelmann Ihren Blick auf einen Haushaltsbegleitbeschluss, der die Arbeitsplatzgestaltung und die Arbeit der Verwaltung verbessern möchte. Um dem Fachkräftemangel vorzubeugen, wolle die CDU die Aus- und Weiterbildungsbemühungen der Kreisverwaltung konzeptionell unterstützt wissen. Zudem sollten die kundenintensiven Fachdienste, wie das Straßenverkehrsamt oder die Ausländerbehörde durch verstärkte Digitalisierung kundenfreundlicher und effizienter gestaltet werden. Es sei unschwer festzustellen, dass dies vorrangig Maßnahmen seien, die in diesen schwierigen Zeiten Städte und Gemeinden des Kreises Pinneberg in ihren Bemühungen unterstützen sollen, die Folgen der Pandemie abzumildern. Jedermann könne der Haushaltsvorlage entnehmen, dass sie „spitz auf Knopf“ genäht worden sei. Niemand wisse, was die Auswirkungen dieser Pandemie in den kommenden Monaten und Jahren noch bringen werde. Vermuten lasse sich, dass die Kommunen starke finanzielle Einbußen an Gewerbe- und Einkommenssteuern haben werden und der Kreis auf der anderen Seite im Jugend- und Sozialhilfereich stärker unterstützen müsse. Das bedeute, dass alle innerhalb der kommunalen Familie ihren Beitrag leisten müssen: Durch eine Kreisumlage, die die Kommunen nicht erdrücke und die Leistungsfähigkeit des Kreises nicht beschränke.

Abschließend bedankte Heike Beukelmann sich bei Bündnis 90/Die Grünen, FDP und Bürgerlicher Mitte für den konstruktiven Austausch, der trotz unterschiedlicher Ansätze das erreichte Ergebnis ermöglicht habe.

Splitter aus dem Kreistag

Mehr oder weniger originelle Wortbeiträge aus sämtlichen Fraktionen prägten die wichtige Kreistagssitzung am 19. Mai. Einige Inhalte und Zitate hat der Newsletter auf dieser Seite aufgeführt, von dem durch seine zahlreichen, lauten und oft „eigenwilligen“ Redebeiträge bekannten fraktionslosen „Einzelkämpfer“ Burghard Schalhorn über den AfD-Fraktionsvorsitzenden Bernhard Noack, der auch in dieser Sitzung mindestens zwei seiner zahlreichen Berufe und Berufungen als Beleg dafür anführte, dass er alles besser wissen müsse als die anderen bis hin zum entmachteten ehemaligen Fraktionsvorsitzenden der SPD, Hannes Birke, der mit seinem Einflussverlust ganz offensichtlich hadert.

Starten wir mit einem Beitrag des Abgeordneten Schalhorn, der sich beim Kreispräsidenten dafür bedankte, dass er das Wort erteilt bekam:

„Vielen Dank, Herr Kreisvorsitzender, ich mach es auch ganz kurz . . . „

Bernhard Noack, Fraktionsvorsitzender der AfD wusste nicht, dass es seit zwei Jahrzehnten bei Haushaltsberatungen eine Generaldebatte gibt, und vorher beim Kreistagsbüro nach dem Procedere nachgefragt hat er auch nicht:

„Die Generaldebatte hat nicht auf der Tagesordnung gestanden. Das ist die Methode, die AfD auszubremsen. Man hat die AfD wieder einmal nicht beteiligt. Wenn ich gewusst hätte, dass es eine Generaldebatte gibt, hätte ich mich besser vorbereitet“.

Hans-Peter Stahl, neuer Fraktionsvorsitzender der SPD (etwas weinerlich) näherte sich im Duktus auffallend der AfD und sieht sich in der Opferrolle:

„Es gibt ein Grundproblem, nämlich, dass es ein SPD-Antrag ist. Nur deshalb werden Anträge verschoben und abgelehnt“.

Antwort von Andreas Stief (CDU):

„Zu Ihrer Vermutung, Herr Stahl, Ihre Anträge werden nur deshalb abgelehnt, weil oben drüber das Logo der SPD steht – nein, es liegt daran, was unter dem SPD-Logo steht“.

Und noch einmal B. Noack (AfD):

„Wir haben es nicht nötig, Wählerstimmen zu erkaufen wie die anderen Fraktionen“.

Thomas Giese, Fraktionsvorsitzender der Grünen, bezichtigte Hans-Peter Stahl, Legenden zu stricken, nachdem er ankündigte, den 2 Mio. Euro nicht zuzustimmen, die die SPD für Radwege beantragt hatte: Die SPD tue so, als ob die Grünen nichts für den Radwegebau übrig hätten. Dabei stehen bereits 1,5 Mio. Euro im Ursprungshaushalt bereit. „Hört mal auf, an Legenden zu basteln“.

Hannes Birke, der als SPD-Fraktionsvorsitzender stets eng mit Rot-Rot-Grün zusammengearbeitet hatte, beschimpft jetzt schon die Linken, bevor er den Grünen vorwirft, den Kriterien einer verantwortungsvollen Haushaltsführung nicht gerecht zu werden und behauptet, die Kreisumlage um 1 % zu senken und für alle Zeiten festzuschreiben, sei redlich. Eine Senkung um 1,3 %, aber nur für zwei Jahre sei unredlich.

Thomas Giese, Fraktionsvorsitzender der Grünen:

„Wir haben uns mit der CDU darauf geeinigt, die Kreisumlage für zwei Jahre zu senken. Alles andere wäre grob fahrlässig“.

Burghard Schalhorn wollte dem Haushalt nur deshalb nicht zustimmen, weil eine von ihm initiierte Klage gegen den Rumpfhaushalt anhängig sei.

B. Noack (AfD):

„. . . und wenn unsere Anträge noch so gut sind, sie werden abgelehnt“.

Dazu Burkhard E. Tiemann ((CDU):

„Dann macht doch mal den Versuch, einen guten Antrag zu stellen“.

Thomas Giese (Bündnis 90/Die Grünen) kann nicht verstehen, dass die SPD sich über die Ablehnung ihrer Anträge wundere: „Die SPD stellt Anträge, ein paar Tage später kommt ein Änderungsantrag und dann plötzlich ein ganz neuer Antrag, ohne, dass auch nur einer davon im Fachausschuss behandelt wurde. Dann darf man sich nicht wundern, wenn man keine Zustimmung bekommt.“

Und nochmal Thomas Giese:

„Wenn wir allen Anträgen der SPD zugestimmt hätten, wäre die Ergebnismisrücklage weg. Das würde den Städten und Gemeinden auch nichts nützen“.

Nochmal Burghard Schalhorn (KWGP):

„Mit diesem Haushalt soll die Grundlage für Schwarz/Grün in Berlin gelegt werden“.

Frage der Redaktion:

Ob Herr Schalhorn den Kreis Pinneberg nicht ein wenig überschätzt?

Andreas Stief (CDU) zu Heidi Keck (SPD), die versuchte, die Bedeutung der Kreisumlage herunter zu spielen:

„Erzählen Sie doch den Kommunen draußen mal, die Kreisumlage an sich hätte keinen Wert“.



Andreas Stief (CDU)

Eine Mio. Euro wollte die SPD bereitstellen für einen sogenannten Corona-Hilfsfonds, ohne zu sagen, was damit passieren sollte. Mit 42 Nein-Stimmen wurde der Antrag abgelehnt. Grüne und Bürgerliche Mitte stellten einen Änderungsantrag, der vorsieht, dass die 500.000 Euro, die für Taxifahrten zum Impfzentrum für über 80-jährige bereits im Rumpfhaushalt bereitgestellt worden waren und von denen nur 28.000 abgerufen worden sind, umgewidmet werden zu evtl. notwendig werdenden Corona-Hilfen. Über die Freigabe der Mittel soll der Hauptausschuss entscheiden.

Dieser Antrag wurde mit 52 Ja-Stimmen angenommen.

Auffällig in dieser Kreistagssitzung war, wie oft die AfD mit Linken und SPD gestimmt hat (u.a. bei der Kreisumlage).

Das Schülerticket wurde von AfD und SPD abgelehnt.

In dieser Rubrik stellt der NewsLetter die bürgerlichen Mitglieder der CDU vor. Sie setzen sich mit viel Engagement und Sachverstand für ihre jeweiligen Fachbereiche ein und sind unverzichtbare Stützen der CDU-Fraktion. Heute erfahren Sie mehr über:



Silke Jahnke

wurde 1961 in Schenefeld geboren und ist in Hamburgs Westen aufgewachsen. Nach 2 kurzen Abstechern nach Laboe und Hetlingen lebt sie seit 1992 in Elmshorn.

Im gleichen Jahr heiratete sie in der Uetersener Klosterkirche. Sie hat einen Sohn, der bei der Luftfahrt als Techniker beschäftigt ist sowie einen fast drei Jahre alten Enkel.

Im damaligen Allgemeinen Krankenhaus Ochsenzoll (jetzt Asklepios Klinik Nord) absolvierte sie ihre Ausbildung zur Krankenschwester. Im Kreiskrankenhaus Elmshorn war sie in verschiedenen Stations- und Funktionsabteilungen tätig. In der Asklepios Klinik Altona eignete sie sich Leitungserfahrung an. Anschließend war sie für ein Medizintechnisches Unternehmen aus Solingen für Neukonzeption, Weiterentwicklung vielfältiger komplexer Medizinprodukte und den Aufbau des Qualitätsmanagements verantwortlich. Am Universitätsklinikum Hamburg absolvierte sie Medizinische Studien. Anschließend wurde sie Qualitätsmanagerin und Beauftragte für Öffentlichkeitsarbeit in einer Spezialklinik sowie Zentrumskoordinatorin eines Krebszentrums.

Heute ist sie in der Sozialbehörde im Amt für Gesundheit und Versorgungsplanung der Krankenhäuser in Hamburg tätig, seit März 2020 mit dem Schwerpunkt der Bewältigung der COVID-19-Pandemie.

Im März 2015 trat Silke Jahnke der CDU bei, wo sie im Landesfachausschuss Gesundheit und als Beisitzerin im Vorstand der Kreis-Frauen-Union mitarbeitet. Im Mai 2018 hat sie ihren Wahlkreis in Elmshorn direkt gewonnen und ist seitdem Stadtverordnete und Sprecherin im Ausschuss für Gleichstellung und Soziales. Im Pinneberger Kreistag wurde sie zum bürgerlichen Mitglied in den Ausschuss für Soziales, Gesundheit, Gleichstellung und Senioren gewählt. Außerdem ist sie als Ehrenamtliche RichterIn beim Amtsgericht Elmshorn tätig.

Die schnelle und anhaltende Überwindung der Corona-Pandemie ist das derzeitige Hauptziel ihres beruflichen und politischen Handelns, denn die Gesundheit jedes/jeder Einzelnen ist für sie das wichtigste Gut. Dabei ist sie vorsichtig optimistisch, dass Deutschland weiterhin im internationalen Vergleich gut und stabil durch die Pandemie kommt.

Gerne verbringt sie ihre Freizeit mit ihrer Familie. Neben ihren politischen Ämtern entspannt sie sich im Garten und liest anspruchsvolle Kriminalromane von Rechtsmedizinern und Fallanalytikern. Außerdem betätigt sie sich künstlerisch, z.B. mit der Anfertigung von abstrakten Acrylbildern oder Monotypien.

Bedingt durch ihre langjährige berufliche Erfahrung bringt sie sich nicht nur bei gesundheitspolitischen Fragen mit Hintergrundwissen ein sondern hilft auch mit, Initiativen voran zu bringen.

Schreiben von Kreispräsident und Landrätin an Ministerpräsident Daniel Günther:

Sehr geehrter Herr Ministerpräsident Günther,

im Kreis Pinneberg ist die 100-er Inzidenz an mehr als 3 Tagen in Folge überschritten gewesen. Aus diesem Grund greifen die Maßnahmen des Bundesinfektionsschutzgesetzes im gesamten Kreisgebiet einschließlich der Hochseeinsel Helgoland.

Der Inzidenzwert liegt auf Helgoland über einen langen Zeitraum bei null. Die meisten Bewohnerinnen der STIKO-Gruppen I und II sind geimpft. Aus diesem Grund hat der Kreis Pinneberg unabhängig von den ansonsten zu dem Zeitpunkt eher hohen Inzidenzwerten im Kreis die Bewerbung Helgolands als touristisches Modellprojekt unterstützt. Die jetzige Verschärfung geht allerdings in eine gegenteilige Richtung.

Die bislang per Allgemeinverfügung durch den Kreis umgesetzten Maßnahmen haben für die Insel mit ihrer besonderen örtlichen Lage einige Ausnahmen ermöglicht. Das Bundesinfektionsschutzgesetz sieht solche Sonderregelungen nicht mehr vor. Vielmehr gilt nun auf Helgoland ab 22 Uhr eine Ausgangssperre. Die ohnehin wenigen Schulkinder müssen in den Wechselunterricht, die Handelsgeschäfte sind zu schließen. Bei einer auch nur geringfügig anderen Ausgangslage auf der Insel wäre die Umsetzung der Maßnahmen des Bundesinfektionsschutzgesetzes unumstritten.

Da sich die Situation auf der Hochseeinsel allerdings gänzlich anders darstellt, bitten wir Sie herzlich, sich für eine Sonderregelung Helgolands einzusetzen. Für die dortige wirtschaftliche und die touristische Entwicklung wäre dieses aus unserer Sicht äußerst wünschenswert. Entsprechende Sonderregelungen für Helgoland bestehen auch in anderen gesetzlichen Landes- und Bundesregelungen. Beispielhaft sei hier auf das Helgolandgesetz des Landes Schleswig Holstein hingewiesen. Aber auch auf Ebene der Bundesgesetzgebung sind für die Insel Helgoland bereits Ausnahmeregelungen z.B. im Umsatzsteuergesetz verankert. Hier wird Helgoland nicht dem Inland, sondern dem Ausland zugeordnet.

Entsprechende Regelungen beruhen immer auf der besonderen Lage der Hochseeinsel, die sich außerhalb der Deutschen Seemeilenzone, also in internationalem Gewässer befindet. Insofern erscheint es uns sinnvoll zu prüfen, ob diese besondere Lage nicht auch im Bereich des Bundesinfektionsschutzgesetzes gelten kann.

Vielen Dank für Ihre Unterstützung.

Mit freundlichen Grüßen

Helmuth Ahrens Elfi Heesch
Kreispräsident Landrätin

TERMINE:

Mittwoch, 02.06.2020, 19.00 Uhr:
Sitzung der CDU-Fraktion

Donnerstag, 03.06.2021, 18.00 Uhr:
Sitzung des Ausschusses für Soziales, Gesundheit, Gleichstellung und Senioren

Montag, 07.06.2021, 19.00 Uhr:
Sitzung des erweiterten CDU-Fraktionsvorstands

Dienstag, 08.06.2021, 18.30 Uhr:
Sitzung des Ausschusses für Wirtschaft, Regionalentwicklung und Verkehr

Mittwoch, 09.06.2021, 16.30 Uhr:
Sitzung des Hauptausschusses

Mittwoch, 09.06.2020, 19.00 Uhr:
Sitzung der CDU-Fraktion

Donnerstag, 10.06.2021, 18.30 Uhr:
Sitzung des Ausschusses für für Schule, Kultur und Sport

Montag, 14.06.2021, 19.00 Uhr:
Sitzung des erweiterten CDU-Fraktionsvorstands

Mittwoch, 16.06.2021, 16.30 Uhr:
Sitzung des Ältestenrates

Mittwoch, 16.06.2021, 18.00 Uhr:
Sitzung des Kreistages

Donnerstag, 17.06.2021, 18.00 Uhr:
Sitzung des Jugendhilfe-Ausschusses

Alle Sitzungen finden bis auf Weiteres als Lifesize-Videokonferenzen statt

IMPRESSUM

Herausgeber: Der Vorstand der CDU-Fraktion im Pinneberger Kreistag
Redaktion/Produktion: Burkhard E. Tiemann
Fotos: CDU, B. E. Tiemann
Redaktionsadresse:
CDU-Kreisgeschäftsstelle
Rübekamp 72 | 25421 Pinneberg
Tel.: 04101 / 22927 | Fax: 04101 / 591761
Email: b-e-t@gmx.de
www.cdu-kreistag-pinneberg.de